



Karl Holmeier
Mitglied des Deutschen Bundestages

Sprecher der CSU-Landesgruppe für
Wirtschaft und Energie,
Verkehr und digitale Infrastruktur,
Bildung und Forschung, Tourismus

Pressemitteilung

MdB Karl Holmeier: Planungen für die Metropolenbahn München/Nürnberg – Schwandorf – Furth im Wald – Prag schreiten voran

Berlin, 29.05.2020

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Jakob-Kaiser-Haus
Telefon 030 227 – 7 21 00
Fax 030 227 – 7 68 65
karl.holmeier@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schwandorf
Pesslerstraße 1
92421 Schwandorf
Telefon 09431– 96 04 29
Fax 09431– 96 04 34

Wahlkreisbüro Cham
Dr.-Karl-Stern-Straße 4
93413 Cham
Telefon 09971– 99 63 700
Fax 09971– 99 63 701
karl.holmeier@wk.bundestag.de

Die Planungen an der Metropolenbahn von München/Nürnberg über Schwandorf und Furth im Wald nach Prag gehen voran. Vertreter des Bundesverkehrsministeriums (BMVI) und des tschechischen Verkehrsministeriums haben sich in einem Gespräch am 26. Mai 2020 über die aktuellen Entwicklungen in Deutschland und Tschechien ausgetauscht. Beide Länder verständigten sich auf eine enge Zusammenarbeit und haben ihre Planungen aufeinander abgestimmt. Der Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Schwandorf/Cham, Karl Holmeier, erklärt hierzu:

„Die Metropolenbahn ist eines der bedeutendsten Infrastrukturprojekte Mitteleuropas. Schwandorf/Cham und die Oberpfalz werden von der direkten und schnellen Verbindung zu unserem Nachbarn Tschechien profitieren. Daher freue ich mich über jeden weiteren Schritt in Richtung Baubeginn. Entscheidend ist jetzt, dass die Planungen weiter konsequent vorangetrieben werden. Ich erwarte, dass im Frühjahr 2021 die Planungen durch die DB Netz AG aufgenommen und damit die nächste Etappe zum Ausbau der Strecke eingeläutet werden kann.“

Die Metropolenbahn ist für die Region Schwandorf – Cham von großem gesamtwirtschaftlichem Nutzen. Der Ausbau der Schienenstrecke von München bzw. von Nürnberg über Schwandorf und Furth im Wald nach Prag wurde im Jahr 2016 in den Bundesverkehrswegeplan 2030 aufgenommen und 2018 in den „Vordringlichen Bedarf“ hochgestuft.